

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Durlacher Tagblatt. 1920-1964 1922

192 (19.8.1922)

Durlacher Tageblatt

(Durlacher Wochenblatt gegründet 1829) mit den amtlichen Bekanntmachungen für den Amtsbezirk Durlach.

Erscheint täglich nachmittags, Sonn- und Feiertage ausgenommen
Bezugspreis: Durch unsere Boten frei ins Haus im Stadtbezirk
monatlich 20 Mt., Postbezug monatlich 20 Mt. 50 Pfg., Einzelnummer
und Belegblatt 1 Mt.

Kredaktion, Druck und Verlag: Adolf Dups, Durlach, Mittelstraße 6
Fernsprecher 204.



Die einpaltige Belegzettel oder deren Raum 1 Mt. 50 Pfg., Reklame-
zettel 6 Mt. Schluß der Anzeigenannahme tags zuvor nach-
mittags 4 Uhr, für dringliche Familien-Anzeigen am Erscheinungstag
1/2 Uhr vormittags. Kleine Anzeigen sind sofort zu bezahlen. Für
Platzvorschriften und Tag der Aufnahme kann keine Gewähr über-
nommen werden. Im Fall höherer Gewalt hat der Bezahler keine
Ansprüche bei verspäteter oder Nichterscheinen der Zeitung.

Nr. 192

Samstag den 19. August 1922.

93. Jahrgang.

Sagespiegel.

Graf Verchenfeld soll es abgelehnt haben, ein zweites Mal in Berlin Verhandlungen zu pflegen.

Eine halbamtliche Zusammenkunft des Entschädigungsausschusses begann mit der Prüfung der auf den deutschen Moratoriumsantrag zu erzielenden Antwort.

Dem belgischen Ministerrat wurde die Haltung der belgischen Vertreter in London einmütig gebilligt.

Bradbury wird bestimmt bis 30. November zurücktreten.

Wochenrundschau.

Deutschland hat durch das jähe und jämmerliche Ende der Londoner Konferenz unlagbaren Schaden erlitten, vor allem im Hinblick auf die trostlose Lage des Wirtschaftsmarktes. Poincaré hat sein Ziel erreicht, da seine Vorschläge keine Gegenliebe fanden, sprengte er die Konferenz. Man ließ zwar von Kompromißvorschlägen, von Belgiens Vermittlung usw., aber man ließ zwischen den Zeilen von Uneinigkeit bei den Entente-Mächten, was allerdings nicht allzuviel belegen will. Denn darüber sind sich wohl alle klar, daß das Sprichwort: „Rad schlägt sich, Rad verfährt sich“ noch nie eine so gute Bedeutung hatte wie bei der Entente. Das Wort bedeutet Einigkeit, nun es gibt eben auch Namen, die ihrem Zwecke zuwiderlaufen, nur in Verfallenes herrscht Einigkeit, die allein das Zustandekommen dieses Schmachfriedens ermöglichte. Nun sind die Delegierten wieder in ihre Länder zurückgekehrt, Herr Poincaré verabschiedete sogar auf seinen Urlaub, um die „Sanktionen“ gegen uns in die Wege zu leiten. Sein Stellvertreter hätte vielleicht doch ein Auentchen menschlichen Mitgeföhls haben können, das will er auf jeden Fall vermeiden. Die „Daily Mail“ will wissen, daß er die deutschen Entnahmen im besetzten Gebiet beschlagnahm und die Enteignung der deutschen Bergwerke im Ruhrgebiet und der Staatswaldungen auf dem linken Rheinufer beabsichtigt.

Der Londoner Korrespondent des „Newport Herald“ macht die sensationelle Mitteilung, daß nach Erklärung offizieller englischer Kreise England ein Sondervergehen Frankreichs gegen Deutschland als feindseligen Akt ansehen würde, der den endgültigen Bruch der Entente zur Folge haben würde. Hervorragende Finanzleute sollen die englische Regierung darauf aufmerksam gemacht haben, daß ein solches Vergehen Frankreichs eine noch nie dagewesene Finanzkatastrophe in Europa herbeiführen würde. Lord George sei gewillt, falls die französische Kammer einberufen werde, auch das englische Parlament einzuberufen.

Ueber die Absichten Frankreichs in der Reparationskommission teilte das gleiche Blatt mit, daß Frankreich die Bezahlung der am 15. August fälligen Rate von 50 Millionen Goldmark auf den 31. August fordern werde. Sollte der Betrag nicht bezahlt werden, so erhalte Frankreich seine Handlungsfreiheit zurück und als erste Expropiationsmaßnahme käme die Beschlagnahme der Zölle in der Rheinlinie in Betracht.

Man sieht daraus, daß jenseits des Kanals eine Mißstimmung gegen Poincarés geplante Maßnahmen vorhanden ist, die man nicht unterschätzen darf. Interessant ist es, daß ein Amerikaner diese Mitteilung macht, sie wird dadurch nur wertvoller, zumal wir Deutschen allen Anlaß haben zur Skepsis gegenüber den Meldungen französischer und englischer Reporter. Daß wir auch am 31. August nicht bezahlen können, ist jedem Einseitigen klar.

Der bayerische Konflikt ist noch nicht behoben. Die Fraktionen der hinter der Regierung stehenden Parteien trafen am Donnerstag morgen um 10 Uhr erneut zusammen. Sämtliche Minister wohnten der gemeinsamen Koalitionsitzung an. Die Sitzung wurde um 12 Uhr mittags bis auf 1/5 Uhr nachmittags unterbrochen und war gegen 7 Uhr abends zu Ende. Das Ergebnis läßt sich dahin zusammenfassen: Die Koalition hat beschlossen, daß das Berliner Protokoll nicht befreit wird und daher nicht akzeptiert werden kann. Es ist aber innerhalb der Koalitionsparteien eine Einigung zustande gekommen, die begründete Hoffnung gibt, daß die bayerischen Interessen gewahrt bleiben. Die bayerische Notverordnung bleibt bis zu dieser Regelung in Kraft.

Im Anschluß an die Koalitionsitzung fand ein Ministerrat statt, der sich, wie verlautet, auf den Boden des Koalitionsbeschlusses gestellt und beschlossen hat, die dies- und jenseits notwendigen Maßnahmen mit Berlin zu neuen Verhandlungen sofort einzuleiten.

Die „Bayerische Staatszeitung“ befaßt sich mit außerordentlicher Schärfe mit der Massentumgebung auf dem Königsplatz und mit den dort gehaltenen Reden und dem angenommenen Entschluß. Das Organ der Regierung weiß es mit aller Entschiedenheit in das Reich

der Fabel, daß zwischen Ebert und Verchenfeld ein Geheimvertrag abgeschlossen worden sei. „Von einem beispiellosen Unfall zu reden, ist“, so sagt die „Bayerische Staatszeitung“, „eine demagogische Phrase. Kein erster Politiker hat daran gedacht, daß die bayerische Notverordnung bauernd sein und nicht mehr aufgehoben werden sollte. Es war im Gegenteil von Anfang an die Absicht, die bayerische Notverordnung nur solange in Kraft zu lassen, als den bayerischen Staatsnotwendigkeiten nicht durch andere Regelung Rechnung getragen werden könnte. Die verantwortlichen Stellen werden zu entscheiden haben, ob mit den in Berlin getroffenen Abmachungen den bayerischen Staatsnotwendigkeiten gebient ist oder nicht. Das kann nur in gewissenhaften Beratungen, nicht aber mit demagogischen Reden geschehen.“

Der bayerische Konflikt, der sich wider Erwarten in bedenklicher Weise verschärft hat, bedeutet für die Berliner Regierung eine schwere Belastung der gegenwärtig überaus kritischen Lage. Ohne die Tragweite des Verfassungskonflikts für den Bestand des Reichs zu überschätzen, würde man doch in der Regierung nahestehenden Kreisen ein neues Aufleben der bayerischen Krise im Hinblick auf die außenpolitische Wirkung für sehr beklagenswert halten. Man ist aus diesem Grunde gewillt, sich in der bisher geübten besonnenen Haltung in keiner Weise beeinflussen zu lassen. Man wünscht, daß es dem Grafen Verchenfeld doch noch gelingen werde, die in Berlin getroffene Vereinbarung durchzusetzen, und man erwartet zum mindesten, daß ein Vergleich auf der Grundlage der Berliner Abmachungen zustande kommt. Die Beilegung des inneren Streites und die Beruhigung im Lande selbst ist, dieser Einsicht werden sich auch die verantwortlichen Stellen in München nicht verschließen können, eine ganz wesentliche Voraussetzung für eine günstigere Wendung in der Reparationspolitik und für die weitere Entwicklung in der Anleihefrage, die für Deutschland schließlich eine Lebensfrage geworden ist. Gewisse Münchener Kreise, die sich gebärden, als beabsichtigen sie, den Konflikt auf die Spitze zu treiben, sollten sich, so äußert man an zuständiger Stelle, darüber klar sein, daß sie auf diese Weise die Geschäfte Poincarés betreiben. Das Reichsinteresse steht jetzt im Vordergrund und erheischt dringend, daß der Weg der Verhandlungen nicht verlassen und der häusliche Zwist so bald als möglich beigelegt wird.

Die Delegierten der Reparationskommission sind am Donnerstag im Hotel Astoria zusammengetreten und haben Besprechungen gehabt, um, wenn möglich, zu einer Lösung zu kommen, die die Interessen Frankreichs wahrt und zugleich für die anderen Regierungen annehmbar ist. Eine amtliche Sitzung im eigentlichen Sinne fand nicht statt. Ein Bericht wurde nicht herausgegeben. In den Verhandlungen teilt das „Journal des Debats“ u. a. noch mit: Im Augenblick scheint nicht die Bezeichnung der Stimmzahl, die auf dieses oder jenes Projekt entfallen könne, sondern mehr die Möglichkeit eines Kompromisses die Hauptfrage zu sein. Seit gestern hätten die Delegierten untereinander private Unterredungen gehabt. Das Bekanntwerden der Antwort der Kommission sei also nicht vor zwei oder drei Tagen zu erwarten. „Denver“ will wissen, daß mit der Darlegung des deutschen Standpunktes in der Moratoriumsfrage der ehemalige Staatssekretär Bergmann betraut worden sei. In unterrichteten Kreisen rechnet man mit einer dreitägigen Dauer der Konferenz.

So hat uns die letzte Woche statt eines Lichtblicks neue schwere Sorgen gebracht. Am Rande des Abgrunds stehen wir und spähen vergeblich nach Hilfe aus. Der Reichskanzler gab der düsteren Stimmung im deutschen Volke in einer Pressebesprechung bereiten Ausdruck. Auch die „Erfüllungspolitik“ hat uns nicht die erwartete Atempause bringen können. Wir verjagen immer wieder, aus dem wirtschaftlichen Chaos herauszukommen und geraten doch nur aus der Scholla in die Charobdis. Was soll werden? Das ist die bange Frage, die man aus jedem Munde hört. Sanktionierend stehen Poincarés Horde an den Pfosten des Ruhrgebietes, nach wie vor schreit die schwarze Schmach im Rheinland zum Himmel — das alles nannte jüngst ein Geistlicher Prüfungen des deutschen Volkes. Diese Beurteilung ist abzulehnen, mit doktrinärer Engherzigkeit kommen wir nicht weiter. Vielmehr müssen wir auf den Tag der Beilegung hoffen, der einmal doch kommen wird, auf den Tag, an dem das Wort Frieden keine Farce mehr bedeutet wie in unseren bitter schweren Tagen.

Die Reparationsfrage.

Offizielle Antwort der Alliierten auf das deutsche Stundungsgeßuch.

Berlin, 18. Aug. (Tel.-U.)

Die englische Regierung hat der deutschen Botschaft am 17. d. M. folgende gemeinsame Antwort der Alliierten auf die deutsche Note vom 14. Juli mitgeteilt:

„Einsichtlich der Barzahlungen, die von Deutschland aufgrund der Abschnitte 3 und 4 der wirtschaftlichen Bestimmungen geschuldet werden, beabsichtigen die alliierten Regierungen, die Zahlung von 2 Millionen Pfund Sterling, die am 15. August fällig waren, binnen vier Wochen von diesem Tage an zu verlangen. Von diesem Tage an beabsichtigen die Regierungen, die Bestimmungen vom 7. Juli 1921 zu kündigen und alles zu tun, um Einzelverträge mit der deutschen Regierung über die Regelung aller Salden zu treffen, die ihnen aufgrund der wirtschaftlichen Bestimmungen geschuldet werden. Diese Verträge sollen der Reparationskommission zur Einverständniserklärung unterbreitet werden.“

Noch keine offiziellen Beratungen der Reparationskommission.

Paris, 18. Aug.

Die Reparationskommission hat gestern ihre Beratungen noch nicht aufgenommen. Die einzelnen Delegierten erachteten es für nützlich, das Terrain durch private Besprechungen vorzubereiten und die Verhandlungen ungestört von Presse und Öffentlichkeit zu führen, sie sich die Spannung der letzten Tage etwas gelegt habe, in der Erwartung, daß, solange keine offizielle Sitzung stattfindet, jedenfalls keine Pflicht zur Protokollführung und Mitteilung an die Presse bestehe, um dadurch die schwebenden Verhandlungen von der Nervosität der Zeitungscommentare unbefehligt zu erhalten. Von einem Mitgliede der Reparationskommission wird der „Jurassic“ erfahren haben, daß man im Hotel Astoria jetzt alles daran setze, die in der Downingstreet entstandenen Differenzen beizulegen. Das brit. Mitglied der Reparationskommission soll sich geäußert haben: Wir werden alles tun, um die in London zu Tage tretenden Meinungsverschiedenheiten zu beilegen und wir hoffen bestimmt, eine logische und klare Lösung zu finden. Vor allem wollen wir zu vermeiden suchen, daß im Kreise der Reparationskommission selbst 2 Lager entstehen. Es scheint ferner, daß man sich zuvor über die Besprechungen einigen soll, die dem Friedensvertrag gemäß zwischen den deutschen Delegierten und der Kommission stattfinden sollen, jedesmal dann, wenn die Kommission eine Entscheidung über die Reparationsfrage zu treffen hat. Es handelt sich darum, ob die Reparationskommission deutsche Vertreter zu einer Aussprache einladen wird, sobald es der „Temps“ u. d. nicht unterläßt, daran zu erinnern, daß derartige Besprechungen eigentlich bereits erfolgt seien, nämlich vor dem Stundungsgeßuch vom 12. Juli, als Schroeder und Staatssekretär Fischer mit einem Mitgliede der Reparationskommission offizielle Besprechungen geführt hätten, scheint es nicht diese Frage zu sein, ob neue Verhandlungen statt finden, sondern wie sie stattfinden. Anachisis der anherordentlich ernsten Lage hält man es für notwendig, den Besprechungen mit den deutschen Delegierten einen offiziellen Charakter zu geben. Der „Temps“ verlangt energisch, daß ein Mitglied der deutschen Regierung, am liebsten Reichsfinanzminister Dr. Hermes, persönlich nach Paris komme. Staatssekretär Bergmann, dessen Antritt aus London bereits hier angelangt ist, scheint dem „Temps“ eine nicht ganz kompetente Persönlichkeit zu sein. Die wenig sachliche Form, in der der „Temps“ diesen Wunsch zum Ausdruck bringt, lautet etwa so: Staatssekretär Bergmann ist von London nach Paris berufen worden. Welche Kompetenzen er auch immer haben mag, seine Persönlichkeit ist vielleicht für die gegenwärtige Aufgabe ungenügend. Bei einer so wichtigen Angelegenheit wäre es angezeigt, daß Finanzminister Dr. Hermes persönlich nach Paris komme, wo er sicher ein Geschäft zu machen würde. Der Reichskanzler Dr. Brüning würde daran zweifellos keinen Anstoß nehmen, denn die Landesinteressen gehen schließlich in seinen Augen denen der Parteianliegenheiten vor. Der „Temps“ legt ganz besonderen Wert darauf, daß die Verhandlungen mit den deutschen Delegierten in Paris selbst stattfinden und zwar offizielle Verhandlungen, wobei die deutschen Vertreter genügende Vollmacht besitzen sollen, um für die Reichsregierung bindende Verpflichtungen anzunehmen oder zu mindestens sofortige Beilegung ihrer Abmachungen zu verlangen.

Die Beurteilung der Lage in Paris.

Basel, 18. Aug.

Nach einem Pariser Privattelegramm der „Baseler Nachrichten“ will man in Paris wissen, daß England seinen Vertreter in der Reparationskommission verübliche Instruktionen erteilt habe und daß er angefordert wurde, den Aufsehen Poincarés in der Frage der deutschen Staatswaldungen und Bergwerke entgegenzukommen. Der Korrespondent ist aber selbst der Ansicht, daß hier der Wunsch der Leiter des Gedankens sei. Nützlicher wäre es wohl, wenn man an einen neuen Vermittlungsversuch Belgiens glaube, die man durch seine Stellungnahme in der Wiederentnahmungskommission weder mit den Engländern noch mit den Franzosen sich verfeinden. Es sei wohl wichtig, daß von belgischer Seite Anregungen gemacht würden, um zu einem Kompromiß zu gelangen. Mit dem Vorschlag, ob die deutschen Reparationszahlungen Wechsel zu ziehen und diese zu diskontieren, würden die Belgier wohl kein Glück haben. Man wolle in Paris von einer solchen Lösung nichts wissen und weist darauf hin, daß Frankreich dabei Gefahr laufe, daß englische oder andere Finanzleute Deutschlands oder Belgiens eher das Geld zur Zahlung der Wechsel vorschließen würden, als Frankreich Gelegenheit zu geben, Sanktionen zu erlassen. Die Befürworter der Wechsel würden zudem das belgische Privatrecht auf die deutschen Zahlungen erhalten und damit den Verfall der Verträge umgehen. Auch über die in Frage stehende Einvernahme deutscher Delegierter durch die Wiederentnahmungskommission sei man in Pariser offiziellen Kreisen wenig erbauet und lehne sie strikte ab.

Protest gegen die Erhöhung der Ausfuhrabgabe.

Wien, 18. Aug.

Der Eisen- und Stahlindustriebund hat bei der zuständigen Reichsbehörde in einer Eingabe energisch gegen die Absicht einer Erhöhung der Ausfuhrabgabe protestiert. Eine

1878

11. 11.

11. 11.

11. 11.

11. 11.

11. 11.

11. 11.

11. 11.

11. 11.

11. 11.

11. 11.

11. 11.

11. 11.

11. 11.

11. 11.

11. 11.

11. 11.

11. 11.

11. 11.

11. 11.

11. 11.

11. 11.

11. 11.

11. 11.

11. 11.

11. 11.

11. 11.

11. 11.

11. 11.

11. 11.

11. 11.

11. 11.

11. 11.

11. 11.

11. 11.

11. 11.

11. 11.

11. 11.

11. 11.

11. 11.

11. 11.

11. 11.

11. 11.

11. 11.

11. 11.

solche Erhöhung im jetzigen Augenblick sei besonders gefährlich, weil die Industrie sich gegenwärtig in der höchsten Kreditnot befindet. Vor dem Beschluß einer derartigen Maßnahme müsse außerdem die Industrie angehört werden.

Paris, 18. Aug. In einer Besprechung der Lage, wie sie sich seit der Londoner Konferenz entwickelt hat, fragt sich heute das „Deure“ was Frankreich jetzt tun werde. Es ist der Ansicht, daß es keinerlei Wahl gebe. Es sei nur ein einziger Ausweg aus der Lage, nämlich mit Deutschland direkt sich zu verständigen. Es sei dies eine Notwendigkeit, die von bedeutenden französischen Staatsmännern schon seit langem vorgeschlagen worden sei, aber daß Poincaré dies er freit kurzer Zeit eingesehen habe und zur Vernunft gekommen sei. Das Blatt hat Grund, zu glauben, daß in den letzten Tagen sich eine Umwandlung in dem Geist von Poincaré vollzogen habe und die isolierte Sektion wie man sagt, die er gegen Deutschland beabsichtigt, einen für das Reich ganz und gar nicht bedrohlichen Charakter habe. Im Gegenteil meint das Blatt, es sei nämlich irrig, zu glauben, daß ein purer Zufall zwei Nachrichten durch die Presse gehen ließ, die gleichzeitig veröffentlicht wurden, nämlich diejenige, daß zwischen der Gruppe Stinnes und einem französischen Konsortium mit der Billigung der beiderseitigen Regierungen wirtschaftliche Verhandlungen im Gange seien, und daß zweitens gleichzeitig die Nachricht vorliege, daß der radikale Führer Perrot in offizieller Mission nach Rußland abreisen werde. Man habe ebenfalls in der französischen Presse lesen können, daß der Reichskanzler Dr. Wirth sich über diese Reise sehr sympathisch geäußert habe und daß er jeglichen Versuch einer Annäherung der großen Demokratien Rußlands, Deutschlands und Frankreichs mit allen Kräften unterstützen werde. Man komme also auf die Politik zurück, die Walter Rathenau und Bergmann von jeher befürwortet hätten. Alle übrigen Blätter gehen auf diese wirtschaftlichen Verhandlungen, die angeblich zwischen Deutschland und Frankreich im Gange seien, wenig ein und geben sie nur informationshalber wieder. Es ist anzunehmen, daß die Mehrzahl der Presse befürchtet, wenn sie diese kommentiert, von der nationalen und rechtsstehenden Presse heftig angegriffen zu werden.

Deutschland.

Berlin, 18. Aug.

Die Verhandlungen im Reichsfinanzministerium mit den Organisationen der Beamten, Angestellten und Arbeiter über die Erhöhung der Bezüge der Beamten und Angestellten wurden nach Ueberwindung nicht unerheblicher Schwierigkeiten heute nachmittags mit dem Ergebnis zu Ende geführt, daß eine Erhöhung der bisher bezogenen Bezüge von rund 28 Proz. mit Wirkung vom 1. August d. J. ab eintritt. Das Reichskabinett hat dem Verhandlungsergebnis seine Zustimmung bereits erteilt. Die Auszahlung wird sofort vorbereitet und erfolgt alsbald, nachdem der Reichsrat und Reichstagsausschuß hierzu ihre Zustimmung gegeben haben. — Die Verhandlungen bezüglich der Arbeiterlöhne werden morgen fortgesetzt.

Berlin, 17. Aug. Die Kohlennot Deutschlands ist so groß, daß die Kohlenkatastrophe immer greifbarer heranrückt. Außerdem ist Deutschland nicht in der Lage, die Reparationskosten voll abzufahren. Deshalb haben sozialdemokratische Kreise, wie wir von parlamentarischer Seite hören, neuerdings den Versuch unternommen, um Verhandlungen mit den Bergarbeitern einzuleiten, die diese zum Fahren von Ueberbrückungen bewegen sollen. Die Regierung steht den sozialdemokratischen Vermittlungsbestrebungen sympathisch gegenüber und hofft, daß es gelingen wird, die bisherige ablehnende Haltung der Bergarbeiter zu befeitigen. Es wäre leicht möglich, wenn die Bergarbeiter Ueberbrückungen fahren würden, der deutschen Kohlennot wenigstens teilweise abzuhelfen.

Hamburg, 18. Aug. Reichspräsident Ebert traf gestern abend in Begleitung der Minister Dr. Brücker und Gröner kurz vor 8 Uhr auf dem Hauptbahnhof in Hamburg ein. Er wurde empfangen durch den Präsidenten des Senats, Bürgermeister Dr. Distel und Senator Strandes. Nach Abschreiten einer Ehrenkompanie beaaben sich die Herren vom Bahnhof

ins Rathaus, wo ein Empfang durch den gesamten Senat und die Gäste der Uebersee-Woche stattfand. Bürgermeister Dr. Distel begrüßte den Reichspräsidenten, wo auf dieser mit Dankesworten erwiderte. In dem Gedanken der deutschen Einheit der unser Volk umfassenden Idee des Deutschen Reiches also läge die Wurzel nicht nur unserer kulturellen Bedeutung, sondern auch unserer wirtschaftlichen Kraft und die Möglichkeit ihrer freien Entfaltung. Diese Einheit des Reiches soll keine starre und gleichmache Zentralförderung bedeuten, sondern sie soll beruhen auf untrennbarer Zusammengehörigkeit der deutschen Stämme in ihrer vielgestaltigen Eigenart auf verständnisvoller Zusammenarbeit der Länder miteinander und mit dem Reich. Das Gesetz der wirtschaftlichen Verbundenheit aller Völker der Erde werde nicht zulassen, daß einem ganzen Volk sein Recht auf Dasein und Leben abgesprochen werde. Der Reichspräsident gedachte der Auslandsdeutschen, die durch den Krieg und seine Folgen besonders schwer getroffen worden seien. Möge jeder Deutsche, der jetzt im Ausland wirkt die Verpflichtung gegen sein Vaterland fühlen durch seine Handlungen davon Zeugnis abzulegen, daß man Deutschland verleumdet, wenn man ihm das Recht auf Vertrauen unbefristet. Unser Teil aber ist es, durch beste Ordnung unseres staatlichen Lebens und durch rastlose Arbeit die wirtschaftliche Grundlage zu schaffen, auf der sich ein glücklicheres Deutschland aufbauen läßt. Der Bau muß gelingen. Der Reichspräsident schloß seine Rede mit dem Wunsch, daß es gelingen möge, Hamburgs Bedeutung als Mit.e.in deutschen Ansehens in der Welt und als Pflegherde wahrer deutscher Vaterlandsliebe in aller Zukunft zu bewahren.

München, 18. Aug. Der Antrag der valaisischen Kaufmännischen Ausländer in den hiesigen Geschäften hat in den letzten Tagen derartige Formen angenommen, daß die Geschäftsleute dem Ansturm nicht mehr gewachsen sind. Zahlreiche Geschäfte sind dazu übergegangen, nur stundenweise die Läden offen zu halten, um ihr Lager wieder in Ordnung bringen zu können. Besonders die Imbisskonditore sind stark beschäftigt und viele haben, um dem drohenden Verfall zu entgehen, sich entschlossen, ihre Geschäfte zu schließen. Mit der großen Nachfrage geht die Preissteigerung Hand in Hand und so zeigt sich die Teuerungswelle in den letzten Tagen derart sprunghaft, daß die kleinen Lohn- und Gehaltsempfänger an größere Einkünfte nicht mehr denken können und froh sind, wenn ihr Einkommen zur Bestreitung des nackten Lebensunterhalts ausreicht.

Frankfurt, 18. Aug. Der Buchdruckerstreik, der nunmehr zehn Tage dauert, ist beendet. Die Arbeit soll heute in allen Frankfurter Betrieben wieder aufgenommen werden. Das Ergebnis wurde durch Verhandlungen erzielt, die der Frankfurter Oberbürgermeister eingeleitet hatte.

Die neue Aktion Bayerns.

Entsendung Dr. Schwengers und Dr. Guertners nach Berlin. — Erwartung an günstigen Verlauf der Verhandlungen. — Mahnung zur Ruhe.

München, 18. Aug.

Nach Meldungen Berliner Blätter soll der bayerische Ministerpräsident Graf Verdenfeld die Führung weiterer Verhandlungen mit dem Reich abgelehnt haben und daraufhin gestern abend eine Regierungskommission nach Berlin abgereist sein. Diese Meldung ist nach ihrem ganzen Inhalt unzutreffend. Ueber die Zusammenziehung der bayerischen Abgeordneten wurde gestern überhaupt nicht mehr Bescheid gesagt. Graf Verdenfeld hatte also gar keine Gelegenheit, seinerseits die Teilnahme an den Verhandlungen abzulehnen. Es wurde vielmehr erst heute vormittags beschlossen, daß zunächst heute abend die beiden zuständigen Ministerpräsidenten der Minister des Innern Dr. Schwenger und der Justizminister Dr. Guertner zu neuen Verhandlungen mit der Reichsregierung nach Berlin fahren werden. Man ist hier der Ueberzeugung, daß diese Verhandlungen einen für Bayern günstigen Verlauf nehmen werden und betrachtet die weitere Entwicklung der Dinge mit voller Ruhe.

Auch die Presse nimmt jetzt eine ruhige, abwartende Haltung ein. Die „Münchener Zeitung“ sagt im Hinblick auf eine Berliner Meldung, wonach man sich in der Reichshauptstadt die Lage für ernst ansehe. „Wenn der Konflikt mit Bayern die Reichsinteressen nach außen so sehr gefährdet, wie man es fürchtet, so hat vor allem die Reichsregierung als Hüterin der Reichsinteressen die Pflicht, zur Beilegung dieses Konfliktes alles zu tun, was nur irgend möglich ist, und dabei namentlich partei- und innerpolitische Zu-

Interessen in den Hintergrund zu stellen.“ — Die „Münchener Neuesten Nachrichten“ schreiben: „Je ruhiger, je weiser mit Schlagworten gehandelt wird, umso eher besteht die Möglichkeit, die ernste Mission Bayerns zu einem guten Ausgang zu bringen. Wober Patriotismus wird sich gerade in den nächsten Tagen zeigen können, indem man mit Ruhe, Ernsthaftigkeit und Liebe auch zum deutschen Gesamtvolk und Staat diese ganze Angelegenheit behandelt.“

Berlin, 18. Aug. Während die rechtsstehende Presse die bayerische Entschickung mit Genugtuung begrüßt, macht sich bei dem übrigen Teil der Presse lebhafter Unmut über die Haltung Bayerns geltend. Der „Vorwärts“ schreibt: Sollte die Regierung Verdenfeld versuchen, durch nochmaliges Nachgeben gegenüber den Rechtsradikalen so für eine weitere Frist ihre Tülbung zu erlangen, so darf die Reichsregierung diesmal nicht mitmachen. Die Reichsregierung hat auf ihrer Seite das klare Recht des Gesetzes und außerdem das von der bayerischen Regierung unterschriebene Protokoll. Die offizielle „Zentrums-Parlaments-Korrespondenz“ äußert: „Es ist traurig, daß im Augenblick höchster politischer Not ein Land wie Bayern den Kampf gegen die Reichsregierung aufnimmt. Die Bayerische Volkspartei läßt damit eine furchtbare Verantwortung vor dem ganzen deutschen Volke auf sich.“ Die „Nationalliberale Korrespondenz“ warnt die Münchener Kreise vor dem verhängnisvollen Irrtum, die Begriffe national und nationalitätlich zu verwechseln. Wer wahrhaft national geminnt sei, stelle nationalitätliche Bestrebungen zurück.

Die Verkehrsnot der Reichsbahn i. J. 1921.

Im Jahre 1921 bestand bei der Reichsbahn eine Verkehrsnot, die den Warenverkehr in stärkstem Umfange lähmte und verteuerte, von der sich weite Bevölkerungsteile keine rechte Vorstellung gemacht haben. Die großen Zentralverbände der gesamten Wirtschaft Zentralverband des deutschen Großhandels, Reichsausschuß der deutschen Landwirtschaft, Deutscher Landwirtschaftsrat, Ausschuß der gesamten Speditionenverbände, Deutschlands, Städtebund) haben jetzt unter Führung des Deutschen Industrie- und Handelskongresses den Umfang der Verkehrsnot in einer solchen erdientenen Denkschrift dargestellt. Sie erscheint in einem Augenblick, in dem leider befürchtet werden muß, daß eine ähnliche Verkehrsnot auch im Herbst 1922 wieder entsteht. — Der erste Teil der Denkschrift behandelt die Ursachen der Verkehrsnot. Unter Benützung amtlicher Zahlen sind die ungenügende Betriebssicherheit der Lokomotiven, die mangelhaften Leistungen der Werkstätten, die im Jahre 1921 um 34,2 vom Hundert geringer waren als 1913, der Rangierdienst, die Verkehrsüberfülle und der Wagenumlauf besprochen. In welchem hohen Maße die Eisenbahnverwaltung den Wagenanforderungen nicht entsprechen konnte, zeigen die in der Denkschrift veröffentlichten Zahlen, aus denen hervorgeht, daß im Jahre 1921 von allen angeforderten Wagen nicht gestellt werden konnten: im Januar 14,5 Prozent, im Februar 7,0, im März 5,4, im April 1,8, im Mai 1,0, im Juni 1,2, im Juli 4,0, im August 17,3, im September 29,2, im Oktober 43,1, im November 36,8, im Dezember 30,9 Prozent. Im Jahre 1922: im Januar 18,0, im Februar 22,2, im März 21,3, im April 10,9 Prozent. Hieraus geht hervor, daß 1922 die Wagennot noch größer ist als 1921. — Im zweiten Teil der Denkschrift werden die Wirkungen der Verkehrsnot der Reichsbahn dargestellt. An einer Fülle von Beispielen ist gezeigt, wie der deutsche Ein- und Ausfuhrhandel anstatt über deutsche Seefläßen, infolge der Verkehrsnot über Antwerpen, Rotterdam und Amsterdam abgeleitet worden ist und wie der innerdeutsche Verkehr gelitten hat. — Diese Beispiele mit ziffernmäßigen Belegen der Privatindustrie entstandenen Milliardenerluste beziehen sich auf den Kohlenverkehr und die Kohlenförderung, auf den Düngemittelverkehr, auf den Lebensmittelverkehr, auf den Zuderverkehr, auf die chemische Industrie, auf den Bezug von Baustoffen, auf den Metall- und Maschinenverkehr, auf den Verkehr von Holzstoff und Papier und auf den Verkehr verschiedener anderer Güter. — Die in der Denkschrift voranschlagene Abhilfe des Verkehrsnot

Auf Hesselvörde.

Roman von Fritz Ganser.

55)

Er fühlte, daß ihre Arme sich noch fester um seinen Hals schlossen. Ein heißes Entsetzen durchzuckte ihn. Sollte er rohe, rücksichtslose Gewalt anwenden und sich losreißen? Er fürchtete, ihre aufs höchste angespannten, überreizten Nerven dadurch noch mehr zu verletzen. Eine neue, sie vielleicht vernichtende Erschütterung zu verursachen. Ganz allmählich wollte er sie davon überzeugen, daß es nötig sei, sich von dem feuchten Waldboden zu erheben.

„Edith!“ sagte er leise, behutsam. Sie deutete den Klang des Wortes als eine tiefe Zärtlichkeit, als einen Beweis seines Glückseligseins. „Wie war es dann nur? Reigte er sich noch tiefer zu ihr hinab? Näherte sie ihr Gesicht dem seinen? Er spürte ihren Mund plötzlich so dicht vor dem seinen, daß er die Wärme ihrer Lippen empfand, daß es nur einer geringen, kaum zu benennenden Bewegung bedurfte, um eine Berührung ihrer Lippen herbeizuführen.“

„Wie war es? Wie war es nur? Wie kam es? Nahm sie? Gab er? Ihre Lippen berührten sich.“ „Joachim!“ bebt sie heraus. Und dann, ja, das ging gewiß von ihr aus, das tat sie in vollem Bewußtsein des Geschehens, als etwas, das sie wollte, an dem sie nicht vorüberkam, dann fühlte er ihren Mund zum anderen Male auf dem seinen. In glühender, verlangender Leidenschaftlichkeit... Lange — — —

Er hatte das Gefühl, in einen gähnenden Abgrund zu stürzen, glaubte, das Aussehen seines Herzschlages zu spüren. Immerfort sah er Renatens Gesicht vor sich... Aber gerade, daß er dies sah, daß er sich gewiß ins Bewußtsein schrie: Es ist nutzlos, diesem Gesicht in Sehnsucht nachzuhängen... denn es ist an dir vorübergegangen, machte, daß es sich seiner Vorstellungskraft entwand und wie in einem Nebel versank. Und wieder das peinigende: Du mußt dankbar sein! Und das beforate:

Du darfst sie nicht erschüttern durch ein hartes, abweisendes: „Laß mich! Ich will, ich kann nicht!“ Und das gleichgültige: „Es ist ja alles ganz egal!“ alles das in Gesamtheit des Empfindens, dazu wohl eine plötzliche Erschütterung seiner Willenskraft nach den Aufregungen des Tages und nicht zuletzt das Sonderbare dieser Stunde, als etwas, das man noch nie erlebt, an das man nicht gedacht, alles das bewirkt den Abbruch in die Tiefe. Er dudete ihren Fuß. Er stieß sie nicht zurück. Er erwiderte ihr auch nicht. Aber er sagte: „Es ist gut, Edith. Wir kennen nun unsere Zukunft genau. Und ich frage Sie nicht, ob Sie mein sein wollen. Sie sind es schon...“

Seine Stimme klang fremd, zitterte. War wie etwas unfagbar Trauriges, das um etwas Lotes klagt. Edith schien am Ton in seiner Stimme vorüberzugehen. Sie hörte nur, was er sprach. „So wollen Sie mich doch, Joachim?“ fragte sie mit Jauchzen, lachend... So brauche ich nicht aus der Welt?“ Er schüttelte erst den Kopf. „Das wäre überhaupt eine Torheit gewesen... Aber es wird endlich Zeit, daß Sie aufstehen. Der feuchte Waldboden ist Gift. Sie können sich den Tod holen, Edith.“

Das Erste, Gemeine in der Art seines Sprechens berührte sie wie ein eisiger Hauch. Sie ließ es schweigend geschehen, daß er ihr beifällig war, sich zu erheben. Sie stützte sich auf seinen Arm. Ein Zittern flog über ihren Körper. Schwanzend tat sie ein paar Schritte. „Ich kann nicht gehen.“ sagte sie. „Es ist mir nicht möglich.“ Er schauerte lehnte sie sich an ihn. „Ich friere, ich zittere wie Eisenstab.“

„Das ist natürlich. Ganz natürlich.“ sagte er in sachlicher Gelassenheit. „Es wird ohne tüchtige Ernährung nicht abgehen.“ Er entledigte sich seines Mantels und hing ihn um ihre Schultern. „Berühren Sie wenigstens ein paar Schritte, damit Sie sich erwärmen! Kleme muß bald zurück sein. Wir wollen auf ihn warten.“ Sie stützte sich schwer auf seinen Arm und ließ sich ein Stück auf und ab führen. Ihre Schritte waren un-

sicher, schwankend. „Es ist mir nicht möglich, zu gehen.“ versuchte sie. „Ich fühle keinen Boden unter mir. Es dreht sich alles im Kreise.“

Da wußte er keinen anderen Rat, als sie zu einem Baumstumpf zu führen. Er wickelte sie in seinen Mantel und setzte sich neben sie, um ihr einen Halt zu geben. Sie ließ alles willenlos mit sich geschehen. Es schien eine Art Apathie über sie gekommen.

Während sah Joachim in die Dunkelheit. Er glaubte sich selbst fremd geworden. Er vermochte noch nicht, sich in die Bedeutung der Geschehnisse der letzten Minuten hineinzufinden. Das war alles dunkel wie der Abend ringsum, fremd, wie ein unerforschtes Land. Er wußte nicht, ob er etwas zu bereuen hatte, ob er traurig sein sollte. Er wußte nicht, ob er lachen sollte. Und wenn er einem Gedanken nachgehen wollte, dann fand er immer denselben Anfang: „Allo ich bin verlobt. Edith Burmann ist meine Braut... Wer schrie ihm diesen Wahnsinn ins Ohr? Wer wagte, diese Unmöglichkeit zu behaupten? Jemand einer, der nicht Herr seiner Sinne war... Denn das war ja Wahnsinn...“

Er erschrak, wenn ihm dann plötzlich die Nähe Ediths zum Bewußtsein kam... Nein, es war ja so. Doch so! Es war unumstößliche Wahrheit: Seine Verlobte sah neben ihm.

„Herr Gott, wurde er noch nicht... Aber wie durfte es das denken! Und ganz ruhig wartete er wieder. Bis sein bohrendes, stichendes Denken von vorn anfang. Sie sprachen fast gar nicht. In stummer Gelassenheit rann das Wortes dahin. Nur von Zeit zu Zeit fragte Edith, ob sie noch lange hier sitzen müßten.“

Dann beruhigte er jedesmal: „Kleme muß bald kommen. Gedulden Sie sich noch ein Weilchen.“

Einmal legte sie ihre Hand auf die seine. Er erschrak. Das Blut in ihren Adern brannte und hatte rasenden Trieb. Sie fieberte... Es wurde Zeit, daß sie nach Hause kam...

(Fortsetzung folgt.)

